

Pascal Fontaine, Die Rolle Jean Monnets bei der Entstehung des Europäischen Rates (September 1979)

Legende: In einem Artikel in der Revue du Marché commun von September 1979 schildert Pascal Fontaine, Dozent am Institut d'études politiques von Paris die Rolle Jean Monnets bei der Entstehung des Europäischen Rates. Als Vorsitzender des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa hatte Monnet die Staats- und Regierungschefs der Gemeinschaft bereits 1973 aufgefordert, sich regelmäßig als „provisorische europäische Regierung“ zusammenzufinden, um dem europäischen Einigungsprozess neue Impulse zu verleihen.

Quelle: Revue du Marché commun. dir. de publ. Epstein, Geneviève ; Réd. Chef Vignes, Daniel. Septembre 1979, n° 229. Paris: Éditions techniques et économiques. "Le rôle de Jean Monnet dans la genèse du Conseil européen", auteur:Fontaine, Pascal , p. 357-365.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/pascal_fontaine_die_rolle_jean_monnets_bei_der_entstehung_des_europaischen_rates_september_1979-de-ad29595e-0b0a-49b7-ae65-c41c54344a41.html



Publication date: 05/07/2016

Die Rolle Jean Monnets bei der Entstehung des Europäischen Rates

Pascal FONTAINE

Dozent am Institut d'Etudes Politiques in Paris und an der Ecole Polytechnique

Nach der offiziellen Gründung des Europäischen Rates im Dezember 1974 fand seine 15. Tagung am 21. und 22. Juni 1979 in Straßburg statt. Dieses höchste Gremium, in dessen Rahmen die Staats- und Regierungschefs jährlich dreimal zusammenkommen, ist heute fester Bestandteil der institutionellen Landschaft der Europäischen Gemeinschaft. Es wäre jedoch verfrüht, den Einfluss dieses seinem Wesen nach zwischenstaatlichen Organs auf die Arbeit der im Rahmen des EWG-Vertrags geschaffenen Organe endgültig zu bewerten. Der Europäische Rat ist wie das gewählte Europäische Parlament demokratisch legitimiert, da seine Mitglieder aus parlamentarischen Mehrheiten hervorgehen oder in allgemeinen Wahlen gewählt werden, wie es beispielsweise beim französischen Präsidenten der Fall ist. Zudem verkörpert er die Legitimität der Staaten und trägt in gewissem Sinne Züge konföderaler diplomatischer Konferenzen.

Von den einen wird der Europäische Rat als störendes Element im institutionellen Gefüge der Europäischen Gemeinschaft angesehen. Er trage zu dessen Entstellung bei, indem er ihm die virtuellen Möglichkeiten entziehe, die vor der föderalen Phase bestanden hätten. Für andere hingegen vermochte es der Europäische Rat, Europa aus der Stagnation herauszuführen, die nach der Verwirklichung der im EWG-Vertrag konzipierten großen Etappen eingesetzt hatte. Nur eine Instanz, in der sich die höchste Macht konzentrierte, sei in der Lage, Europa den politischen Willen wiederzugeben, der ihm abhanden gekommen war. Verdankte man nicht dem Europäischen Rat den Beschluss, das Europäische Parlament in allgemeiner Wahl zu wählen, und die Einführung des europäischen Währungssystems?

Als Jean Monnet, der weltweit als Initiator und unermüdlicher Aktivist des europäischen Aufbauwerks gewürdigt wurde, am 16. März 1979 verstarb, verwiesen einige Kommentatoren darauf, dass es in einer seiner letzten Initiativen gerade um den Europäischen Rat ging. Jean Monnet war es, so hieß es, der Präsident Giscard d'Estaing den Gedanken dazu eingab.

Um jede Vereinfachung zu Lasten der historischen Wahrheit zu vermeiden, erscheint es angebracht, an die Bedingungen zu erinnern, die Jean Monnet von 1973 an bewogen, den Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft die Abhaltung regelmäßiger Treffen nahe zu legen, um der europäischen Einigung neue Anstöße zu geben.

Das vorliegende Dokument stellt eine Abfolge der Ereignisse dar, die den Präsidenten des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa dazu veranlassten, zunächst Georges Pompidou, Edward Heath und Willy Brandt und später Valéry Giscard d'Estaing, Helmut Schmidt und Harold Wilson einen Entwurf für eine „provisorische europäische Regierung“ vorzuschlagen. Mit dem entsprechenden Abstand betrachtet wird deutlich, dass der Europäische Rat in seiner derzeitigen Form nicht exakt den damaligen Vorstellungen Jean Monnets entspricht.

Gemäß dem beim Gipfeltreffen 1972 skizzierten Zukunftskonzept für eine Europäische Union war die „provisorische europäische Regierung“ dazu aufgerufen, die Grundlagen dieser Union zu schaffen. Ihre wichtigste Funktion dabei war, die Regierungschefs persönlich für die von ihnen abgegebenen feierlichen Verpflichtungen in die Verantwortung zu nehmen. Es handelte sich also eher um eine Methode für das Vorgehen in einem Übergangszeitraum als um eine feste zwischenstaatliche Einrichtung.

Die vorliegende Studie wurde erarbeitet, als ihr Verfasser die Ehre hatte, den Präsidenten des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten für Europa zu begleiten. Sie stützt sich auf die von Jean Monnet nach den Gesprächen mit seinen wichtigsten Gesprächspartnern angelegten Dokumente und Notizen.

In seinen 1976 erschienenen „Erinnerungen eines Europäers“ hatte der Gründervater Europas bereits die wesentlichen Züge seines Vorgehens aufgezeigt. Unser Anliegen beschränkt sich darauf, zusätzliche Erläuterungen zu geben und den Leser direkt an dem Geschehen teilhaben zu lassen, dass sich innerhalb

eines Zeitraums von kaum 18 Monaten vollzogen hat.

Das Dreieck Paris-Bonn-London

Das Aktionskomitee trat am 3. Mai 1973 in Brüssel zusammen. Diese Tagung – es war die achtzehnte – fand in der Öffentlichkeit keinen bedeutenden Widerhall. Zwar waren einflussreiche Persönlichkeiten wie Herbert Wehner, Helmut Schmidt, Giovanni Malagodi, Gaston Defferre und Pierre Werner zugegen und nahmen gemeinsam mit den übrigen Teilnehmern die vier Entschlüsse an. Gleichwohl griffen die Regierungen oder Organe der Gemeinschaft weder die Vorschläge zur Wirtschafts- und Währungsunion, noch die Anregung, zwei Persönlichkeiten zu benennen und zu beauftragen, eine Übersicht über die zwischen den USA und Europa bestehenden Währungs- und Handelsprobleme zu erstellen, noch den Gedanken eines Darlehens der Europäischen Gemeinschaft auf, das zur Sanierung rückständiger Regionen beitragen sollte.

Für den Präsidenten des Aktionskomitees stellte sich die Frage des europäischen Aufbaus im Jahr 1973 vor dem folgenden Hintergrund dar:

— Eine aus ideologischen Beweggründen des einen oder anderen Mitgliedstaats der Gemeinschaft heraus verursachte gezielte Blockade besteht nicht.

— An der Spitze der drei größten Länder der erweiterten Gemeinschaft stehen seit über drei Jahren drei Männer – der im Juni 1969 gewählte Georges Pompidou, Willy Brandt, Bundeskanzler seit Oktober 1969, und Edward Heath, Premierminister seit Juni 1970 – die zahlreiche Gemeinsamkeiten haben: Sie gehören der gleichen Generation an, zeichnen sich durch ihre Persönlichkeit aus und sind Pragmatiker. Sie alle befürworten den europäischen Aufbau. Sie alle sind sich vor allem bewusst, dass die zu bewältigenden inneren Schwierigkeiten im wirtschaftlichen, währungspolitischen und sozialen Bereich nur auf der europäischen Ebene durch eine gezielte solidarische Entwicklung einer Lösung zugeführt werden können.

— Diese drei Männer stehen jeweils an der Spitze der Exekutive ihrer Länder. Diese Exekutive wurde aus im Allgemeinen in Verfassungsbestimmungen verankerten tatsächlichen Gründen seit mehreren Jahren ständig ausgebaut. Die Außenpolitik berührt immer größere Bereiche, die für die inneren Angelegenheiten des Landes relevant sind. Umgekehrt beschwerten sich die parlamentarischen Kräfte, dass sie an den Rand gedrängt werden und nur am Ende des Entscheidungsprozesses zum Zuge kommen, kurz, dass ihre Macht immer mehr eingeschränkt wird.

Obwohl Jean Monnet als Demokrat von den Vorzügen des Parlamentarismus zutiefst überzeugt ist, stellt er fest, dass die Kräfte, auf die er sich in seinem Vorgehen stützte – die politischen Parteien und die Gewerkschaften – keinen strategisch wirksamen Hebel mehr darstellen. Das bedeutet, dass der Einfluss auf die Spitze der Exekutive in den drei großen Ländern der Gemeinschaft konzentriert werden muss.

Letztere und ihre sechs Amtskollegen hatten auf dem Pariser Gipfeltreffen im Oktober 1972 die Leitlinien für einen Stufenplan skizziert, der 1980 in eine „Europäische Union“ münden wird. Im Mai 1973 ließ das Aktionskomitee verlautbaren, dass die Ausführung dieses mit dem Gewicht der Staats- und Regierungschefs versehenen Plans der Verantwortung der Gemeinschaftsorgane unterstehen solle. Allerdings stellt Jean Monnet sich die Frage, inwieweit die Organe der Europäischen Gemeinschaft entscheidungsfähig sind. Das Aktionskomitee hatte stets die Kommission unterstützt, vor allem in der Zeit von 1958 bis 1967 unter dem Vorsitz von Walter Hallstein, und später von Jean Rey (1967 bis 1970). Jean Monnet trat stets als Verfechter der Gemeinschaftsmethode auf, die zum großen Teil von ihm begründet wurde. Allerdings stellt er fest, dass der Brüsseler Apparat an Wirksamkeit eingebüßt hat, und befürchtet dessen Verbürokratisierung. Er weiß, dass der seit dem Luxemburger Kompromiss vom Januar 1966 und den Auseinandersetzungen zwischen der Kommission und der französischen Regierung erzielte Modus Vivendi unbefriedigend ist. Das letzte Wort hat der Ministerrat, und die einzelnen Minister machten es sich zur Gewohnheit, sich ausschließlich für das jeweils von ihnen vertretene Land einzusetzen. Seit dem Pariser Gipfeltreffen vermerken Beobachter – entweder mit Spott oder Verzweiflung – wie gesetzte Fristen verstreichen, ohne dass den Beschlüssen Ergebnisse folgen.

Allmählich ist Jean Monnet überzeugt davon, dass die Staats- und Regierungschefs direkt für die Umsetzung ihrer Verpflichtungen verantwortlich gemacht werden müssen. Diese Verlagerung der Verantwortung wird dann die „Fachminister“ treffen, die bislang für die Umsetzung der auf den Gipfeltreffen gefassten Beschlüsse zuständig waren. Denn der Fachminister ist nicht nur versucht, ausschließlich im Interesse seines Landes zu handeln, sondern obendrein vertritt er mitunter lediglich die Interessen seines Ministeriums. Dies führt zu verschiedenen Erschwernissen, mangelnder Koordinierung und einer allmählichen Entfernung von der globalen Sichtweise, aus der heraus die Staatsoberhäupter ihre Beschlüsse gefasst hatten. Letztere müssen nun überzeugt werden, dass sie selbst ihre Autorität geltend machen müssen, um gemeinsam eine echte „europäische Autorität“ zu begründen.

Der Plan einer provisorischen europäischen Regierung

Nach diesen Überlegungen verfasst Jean Monnet im August 1973 eine Mitteilung zur „Bildung einer provisorischen europäischen Regierung und deren Vorgehen“. Diese ist in drei Teile untergliedert. Der erste Teil enthält die Begründung. Dort wird darauf verwiesen, wie wichtig und dringlich für Europa die Gestaltung seiner Einheit ist. Der Text ist in Form einer gemeinsamen Erklärung verfasst, die von den neun Staats- und Regierungschefs der EWG-Länder unterzeichnet werden soll, die beschließen, sich als provisorische europäische Regierung zu konstituieren.

Im zweiten Teil wird die Aufgabe dieser Regierung definiert, die darin bestehen soll, die Umsetzung des beim Gipfeltreffen vom 19. bis 21. Oktober 1972 in Paris angenommenen Programms zu überwachen. Dabei soll sie in drei Richtungen vorgehen:

- Je nach Bedarf und nach Anhörung des Rats- und des Kommissionspräsidenten der Europäischen Gemeinschaften legt sie die Anweisungen für die Minister fest, von denen die Mitgliedstaaten im Rat der Europäischen Gemeinschaften vertreten werden. Sie handelt unter strikter Wahrung der bereits bestehenden Verträge.
- Sie bildet innerhalb von sechs Monaten einen Organisationsausschuss der Europäischen Union und erteilt ihm die entsprechenden Weisungen.
- Sie erarbeitet einen Entwurf für die Europäische Union, der den Mitgliedstaaten zur Ratifizierung vorzulegen ist.

Die Umrisse einer solchen europäischen Versammlung waren bereits auf dem Gipfeltreffen 1972 konzipiert worden. Mit seinem Entwurf vermittelt Jean Monnet den Regierungschefs die Methode, die es ihnen ermöglichen soll, ihren Absichtserklärungen konkrete Taten folgen zu lassen. Er verweist sie insbesondere darauf, dass sie unbedingt persönlich darauf achten sollen, dass die Minister konkrete Weisungen erhalten. Das Gleiche gilt für den Organisationsausschuss, der beauftragt wurde, den Entwurf für eine Europäische Union zu erarbeiten. Insgesamt sollen sie so verfahren, dass die Europäische Union letztlich als Ergebnis ihrer persönlichen Bemühungen entsteht.

Im dritten Teil ist vorgesehen, dass die provisorische europäische Regierung mindestens einmal im Vierteljahr zusammentritt. Ihre Beratungen sollen auf ihre Mitglieder beschränkt bleiben, die darüber Stillschweigen zu bewahren haben.

Dabei handelt es sich um die Institutionalisierung regelmäßiger nicht protokollarischer Gipfeltreffen. Diese könnten einem Ministerrat ähneln, wo geheime Beratungen den offenen Austausch von Argumenten und eine kameradschaftliche Atmosphäre ermöglichen.

Dieser Entwurf ist realistisch. Er unterscheidet sich nicht wesentlich vom ersten Fouchet-Plan vom November 1961, der dann aufgrund der Kompromisslosigkeit von General de Gaulle fallen gelassen worden war. Inzwischen hat sich jedoch eine Entwicklung in der Haltung der französischen Regierung vollzogen. Die Zeit der Religionskriege ist längst vorbei und unter dem Druck der Verhältnisse haben sich die

Einstellungen geändert.

Erste Schritte

Ende August stellt sich Jean Monnet die Frage, welcher der drei Regierungen er seinen Vorschlag unterbreiten soll. Am klügsten wäre es zweifellos, bei der französischen Regierung, insbesondere bei Außenminister Michel Jobert, einem der engsten Getreuen von Präsident Pompidou, vorzufühlen. Zwar gehörte Michel Jobert nicht zum unmittelbaren Kreis des Aktionskomitees, kam jedoch, seit er die Stelle des Generalsekretärs im Präsidialamt der Französischen Republik innehatte, relativ häufig zu Gesprächen mit Jean Monnet in die Avenue Foch.

Vor seinem Treffen mit dem französischen Minister nimmt Jean Monnet Verbindung zu Edward Heath und zu Willy Brandt auf und verabredet mit beiden separate Treffen, ohne vorher den Gegenstand der Zusammenkunft bekannt zu geben. Mit beiden Männern ist er schon lange bekannt und er unterhält zu beiden freundschaftliche und vertrauensvolle Beziehungen.

Am 13. August sendet ihm der persönliche Berater des britischen Premiers, Robert Armstrong, ein Schreiben. Nach ihrem unlängst geführten Telefongespräch teilt er mit, dass Edward Heath grundsätzlich eine Einladung ausgesprochen habe. Am 24. August antwortet Jean Monnet, er werde im September nach Chequers kommen. Als Datum wird der 16. September festgelegt. Anschließend richtet Jean Monnet ein Schreiben an Willy Brandt, in dem er ihm seine Bedenken mitteilt: „Meiner Ansicht nach wird in allen europäischen Organen geredet, aber nicht gehandelt, und wir riskieren, der Bequemlichkeit zu erliegen und nichts zu entscheiden. Die Beschlüsse der Gemeinschaft werden, sofern es sie überhaupt gibt, zumeist von den Verwaltungen festgelegt. Die höchste politische Instanz der Regierungen wird nicht in die Suche nach gemeinsamen Lösungen einbezogen“. Er ersucht um ein Treffen mit dem Kanzler und es wird beschlossen, dass er am 19. September nach Bonn reisen soll.

Jean Monnet weiß also, dass er am 16. bzw. 19. September mit Edward Heath und Willy Brandt über sein Vorhaben sprechen kann. Zunächst jedoch muss er sich der französischen Reaktion vergewissern.

Am 4. September wird Jean Monnet von Michel Jobert zu einem Essen am Quai d'Orsay geladen. Dort trifft er Robert Armstrong, einen langjährigen Freund des französischen Ministers. Im Gespräch ging es im Wesentlichen um die Vorbereitung der Tagung der Außenminister der Neun im Rahmen der politischen Zusammenarbeit, die am 13. September in Kopenhagen stattfinden soll. Großbritannien soll mit Unterstützung Frankreichs vorschlagen, dass die Europäische Gemeinschaft den USA gegenüber in der Person des Präsidenten des Ministerrates mit einer gemeinsamen Stimme auftritt, auch im außenpolitischen Bereich. Michel Jobert teilt Jean Monnet vertraulich mit, dass er diese Initiative für außerordentlich wichtig halte. Um sie in Kopenhagen vertreten zu können, beschloss er, Präsident Pompidou bei seiner Präsidentenreise nach China nicht zu begleiten, sondern erst später in Peking zu ihm zu stoßen.

Jean Monnet schlägt Michel Jobert ein erneutes Treffen vor. Somit findet vier Tage später ein weiteres Gespräch unter vier Augen am Quai d'Orsay statt. Der Präsident des Aktionskomitees spricht sofort das Thema der politischen Autorität der Gemeinschaft an. Er übergibt seinem Gesprächspartner den Text unter der Überschrift „Bildung einer provisorischen europäischen Regierung und deren Vorgehen“.

Der französische Minister nimmt das Memorandum zur Kenntnis und Jean Monnet macht ihn darauf aufmerksam, dass keine Souveränitätsübertragung vorgesehen sei. Mit dem geplanten System werde die Verantwortung für die Gespräche auf die Ebene der Regierungschefs übertragen, die stets das letzte Wort haben sollten. Bislang hatten sie bei ihren Treffen den jeweils zuständigen nationalen Ministern Weisungen erteilt, die aber stets nationale Weisungen blieben. Es gelte, die höchste politische Instanz der Gemeinschaft für die Umsetzung der Verpflichtungen insgesamt zuständig zu machen, die von den Regierungschefs gemeinsam übernommen wurden.

Michel Jobert bekräftigte, „dass, was ihn persönlich beträfe, der Vorschlag genau seiner Auffassung entspreche und dass er ihn so bald wie möglich Präsident Pompidou übermitteln werde. Jean Monnet teilt

ihm mit, dass außer Willy Brandt und Katharina Focke in Deutschland sowie Edward Heath und Robert Armstrong in England niemand anders von diesem Vorhaben Kenntnis habe. Es könne daher unterbreitet werden, ohne dass das Aktionskomitee oder sein Präsident erwähnt würden, und die Initiative dafür könne Georges Pompidou zugeschrieben werden, wenn er dies für zweckdienlich halte.

Das Geheimnis wurde dann auch sicher gewahrt, allerdings mit einer Ausnahme. Am Freitag, den 14. September, zwei Tage nach der Kopenhagener Tagung, weilte der Kommissionspräsident zu einem Essen in der Avenue Foch und man hielt es für wichtig, seine Reaktion auf dieses Vorhaben zu kennen, das so großen Einfluss auf die Arbeit der europäischen Organe haben würde. François-Xavier Ortoli dachte ziemlich lange nach und stimmte dann dem Anliegen zu, äußerte jedoch Bedenken, dass die Kommission bei den Debatten der provisorischen europäischen Regierung nicht anwesend sein würde. Die Kommission legte seit Kopenhagen großen Wert auf ihre Beteiligung an den Debatten des Ministerrats, und dies würde bei den Debatten der provisorischen Regierung umso mehr der Fall sein.

Jean Monnet antwortete, dass die Autorität der Kommission gestärkt aus der Umsetzung dieses Vorhabens hervorgehen würde, denn ihr institutioneller Gesprächspartner wäre dann nicht mehr nur der Ministerrat mit seinen eingeschränkten Befugnissen, sondern der Oberste Rat, der die endgültige Entscheidungsbefugnis haben würde.

Tournee durch die Hauptstädte

Bei seinem Flug nach London wusste Jean Monnet, dass die bevorstehende Woche für den Erfolg oder Misserfolg seines Vorhabens entscheidend sein würde. Er hatte keinerlei Gewissheit bezüglich der Reaktion seiner drei Gesprächspartner, und die positive Einschätzung ihrer Berater, so einflussreich sie auch sein mochten, ließ keinerlei Schluss auf die Entscheidung der Staatshäupter zu.

Der britische Premier erwartete ihn am Landsitz in Chequers. Nur Robert Armstrong wohnte ihrem Gespräch bei. Jean Monnet erläuterte in wenigen Worten, dass eine europäische Autorität geschaffen werden müsse, um der Öffentlichkeit das Gefühl zu vermitteln, dass die europäischen Belange „entschieden“ werden, während derzeit der Eindruck bestünde, dass sie lediglich „diskutiert“ werden.

Edward Heath gab sich überzeugt:

— „Es muss etwas geschehen, und zwar sofort, aber was?“

Er las den Entwurf, den Jean Monnet ihm übergeben hatte, und sagte dann:

— „Gut, das ist die richtige Richtung. Wozu aber sollten wir eine öffentliche Erklärung darüber abgeben, was wir vorhaben? Es genügt, dass wir es einfach tun, das wird besser sein“.

— „Es ist aber unerlässlich“, antwortete ihm Jean Monnet, „dass das von der Gemeinschaft verfolgte politische Ziel klar erläutert wird und dass die gemeinsame Arbeitsmethode bekannt ist; für die Öffentlichkeit wird dies nur dann zur ‚Herzenssache‘, wenn sie weiß, dass es eine europäische Autorität gibt und dass nicht nur Technokraten am Werk sind, wie es derzeit der Fall ist“.

Er fügte noch hinzu:

— „Ich habe bereits früher erläutert, dass von den europäischen Organen eine Autorität ausgehen sollte. Wir müssen einräumen, dass das nicht erfolgt ist. Worin dies auch immer begründet sein mag – die administrative Form der Entschlüsse, die Schwerfälligkeit und technische Komplexität der Diskussionen langweilen die Öffentlichkeit. Die europäischen Organe waren und sind unverzichtbar, aber sie entsprechen derzeit nicht der Notwendigkeit, zügig zu handeln und zu entscheiden“.

Edward Heath ließ sich ziemlich leicht überzeugen, hatte allerdings Einwände gegen den Begriff „provisorische Regierung“, dem er den Begriff „Oberster Rat der Europäischen Gemeinschaft“ vorzog. Er

schlug sogar vor, dass ein solcher Oberster Rat nicht, wie der Entwurf es vorsah, alle drei Monate, sondern jeden Monat zusammentreten sollte. Jean Monnet entgegnete, dass ein solcher Tagungsrhythmus nicht zweckmäßig wäre, da es ja nicht um die Lösung technischer Probleme ginge, sondern man hauptsächlich über allgemeine politische Fragen Einigung erzielen müsste.

Bevor Jean Monnet sich vom britischen Premierminister trennte, ließ er sich nochmals bestätigen, dass sein Vorschlag in die richtige Richtung gehe und dass er sich beim französischen Präsidenten und beim deutschen Kanzler auf die britische Zustimmung berufen könne.

Der deutsche Kanzler erwartete Jean Monnet am Mittwoch, den 19. September, in Bonn.

Zunächst hatte der Präsident des Aktionskomitees ein ausführliches Gespräch mit Katharina Focke, der ehemaligen Staatssekretärin für europäische Fragen im Bundeskanzleramt und späteren Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit. Sie spielte bei Willy Brandt eine maßgebliche Rolle, die sich auf ein Gefühl tiefen Vertrauens gründete und in vieler Hinsicht der Rolle von Michel Jobert bei Georges Pompidou und der von Robert Armstrong bei Edward Heath gleichkam.

Frau Focke las aufmerksam den Entwurf für eine provisorische europäische Regierung und die Anmerkungen Jean Monnets, in denen er seine jüngsten Gespräche mit Michel Jobert, Edward Heath und Robert Armstrong erläuterte.

Auch sie reagierte positiv:

— „Ich bin froh, dass Sie zu diesem Schluss gelangt sind, dass nunmehr die Autorität der Regierungschefs eingesetzt werden soll, denn auch ich bin zu diesem Schluss gekommen. Dies ist die einzige Möglichkeit, die Gemeinschaft, die auf der Stelle tritt, mit Leben zu erfüllen. Derzeit werden die Fragen von den zuständigen Ministern behandelt, deren Schlussfolgerungen nicht über die nationale Ebene hinausreichen. Es wird nicht wirklich nach einem europäischen Standpunkt für die Frage gesucht. Die Verantwortung liegt vor allem bei den nationalen Fachbehörden, wie dem Ministerium für Landwirtschaft, dem Ministerium für Finanzen und dem Außenministerium, wenn es um allgemeinere Fragen geht. Die Autorität der Regierungschefs muss deutlich werden, und zu diesem Zweck müssen die Regierungschefs zusammengebracht werden, die dann geschlossen eine wirkliche europäische Autorität verkörpern“.

Dann fügte sie noch hinzu:

— „Der Bundeskanzler wünscht unbedingt, Sie zu sehen. Er hat wie Sie das Gefühl, dass wir in die falsche Richtung gehen. Ich glaube, Ihr Vorschlag kommt seinen Bedenken entgegen“.

Willy Brandt, der Jean Monnet einige Stunden später empfing, stimmte dem Entwurf zu und betonte, dass schnelles Handeln nötig sei. Wenn Georges Pompidou Wert darauf lege, die Initiative für eine öffentliche Erklärung im Sinne dieses Vorschlags zu ergreifen, so sei der Bundeskanzler wie Edgar Heath bereit, ihm sofort Unterstützung zu gewähren.

Am gleichen Abend lässt Jean Monnet von Bonn aus dem französischen Außenminister die folgende Botschaft übermitteln: „Ich habe ausführliche Unterredungen mit den entsprechenden Politikern in London und Bonn geführt. Ich möchte Sie dringend sehen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mich entweder morgen, am 20. September, nachmittags, oder am Freitag, den 21. September, zu einem Ihnen genehmen Zeitpunkt für zehn Minuten empfangen würden. Herzliche Grüße“.

Jean Monnet wird am 21. September um 15.15 Uhr empfangen und berichtet über die positiven Reaktionen, die er in London und Bonn erhalten hatte. Er macht seinen Gesprächspartner darauf aufmerksam, dass nur sehr wenige Personen von seiner Initiative Kenntnis haben – Georges Pompidou, Edward Heath, Robert Armstrong, Willy Brandt, Wolf-Dietrich Schilling (ein Vertrauter des Bundeskanzlers), Katharine Focke, François-Xavier Ortoli und er selbst.

Michel Jobert entgegnete:

— „Ich sage Ihnen direkt, was sich zugetragen hat. Ich kann Ihnen keine endgültige Antwort geben, weil sie mir nicht bekannt ist. Ich habe Georges Pompidou über Ihren Vorschlag informiert, indem ich ihm – gerade als wir uns auf dem Rückflug aus China über Tibet befanden – den Text aushändigte. Ich sagte ihm, dass es sich um einen Entwurf handele. Ich sei zwar an seiner Ausarbeitung nicht beteiligt gewesen, aber meiner Ansicht nach sei es ein sehr wichtiger Vorschlag. Ich hätte ihn zurückbehalten, bis sich ein Augenblick der Ruhe ergebe. Nun sei der Augenblick gekommen, ihm den Vorschlag zu übergeben. Georges Pompidou las den Text. Er sagte nichts. Aber eine oder zwei Stunden später bat er mich, ihn in seinem Abteil im Flugzeug aufzusuchen. Er war offensichtlich sehr an dem Vorschlag interessiert. Mein Eindruck ist, dass er sich mit ihm angefreundet hatte. Aber ich bin nicht in der Lage, Ihnen zu sagen, ob er eine Schlussfolgerung in diesem Sinne gezogen hat oder nicht. Ich kann Ihnen lediglich sagen, dass ich den Eindruck habe, dass er außerordentlich interessiert daran ist“.

Dann machte Michel Jobert einige Bemerkungen zu dem Vorschlag im Einzelnen, vor allem zur Häufigkeit der Zusammenkünfte und der in Punkt zwei beschriebenen Rolle des Organisationsausschusses der Europäischen Union.

Auf jeden Fall sah er den Vorschlag als „unwiderlegbar“ an. Als Jean Monnet ihm seine Absicht ankündigte, Willy Brandt und Edward Heath von diesem Gespräch in Kenntnis zu setzen, zögerte der Minister etwas und schlug vor, damit noch zu warten.

Die Antwort war:

— „Sie wissen, dass in dieser Angelegenheit eine vertrauensvolle Atmosphäre zwischen uns besteht. Daher müssen alle auf dem Laufenden sein und es darf nicht der Eindruck entstehen, dass jemand, der über etwas Bescheid weiß, dies für sich behält“.

Michel Jobert ließ sich von diesem Argument überzeugen und meinte, er würde Georges Pompidou eine Mitteilung über dieses und die anderen von Jean Monnet erwähnten Gespräche vorlegen.

Startsignal aus Frankreich

Mit dem von Jean Monnet eingeholten ausdrücklichen Einverständnis Deutschlands und Großbritanniens sollte also Frankreich die Initiative ergreifen. Präsident Georges Pompidou nahm die Sache unverzüglich in Angriff. Einige Tage später, im Verlauf seiner Pressekonferenz am 27. September, brachte er in ausgesuchten Worten die wesentlichen Züge des Vorhabens zur Sprache, regelmäßige Tagungen der Staatsscheffe einzuberufen:

— „Eine richtige europäische Union wird es erst dann geben, wenn es eine europäische Politik gibt, und seien Sie versichert, dass Frankreich im Gegensatz zu dem, was man denken mag, dem nicht ablehnend gegenübersteht – ganz im Gegenteil. Und wenn man beispielsweise der Ansicht ist, dass die politische Zusammenarbeit, um schneller voranzukommen, von Zeit zu Zeit – nicht allzu häufig, aber doch in regelmäßigen Abständen – von den höchsten Entscheidungsträgern unter sich – ausschließlich unter sich – behandelt werden sollte, so befürworte ich das persönlich und bin bereit – auch wenn ich selbst nicht die Initiative ergreife –, so doch mit unseren Partnern darüber zu sprechen. Wenn es uns jetzt gelingt, gegenüber allen anderen, allen dritten Parteien, mit einer europäischen Politik aufzuwarten, dann wäre der Durchbruch erzielt“.

Aufgrund des diplomatischen Zeitplans wurde einem führenden Politiker eines der Länder der Gemeinschaft, das dieser „Dreiecksverschwörung“ nicht angehörte, nämlich Italien, die Gelegenheit zuteil, als erstes Land mit dem französischen Präsidenten über seinen Vorschlag zu sprechen. Als der italienische Staatspräsident Giovanni Leone am 2. und 3. Oktober in Begleitung seines Außenministers Aldo Moro in Paris empfangen wird, nimmt er den Vorschlag über künftige regelmäßige europäische Treffen auf der Ebene der „höchsten Verantwortungsträger“ mit großem Interesse auf. Georges Pompidou gab bei dieser

Gelegenheit zu verstehen, dass die französische Regierung diesbezüglich nicht allein die Initiative ergreifen wolle.

In gleich lautenden Schreiben an Edward Heath und Willy Brandt vom 3. Oktober teilt Jean Monnet ihnen mit, dass die französische Regierung diese Initiative nicht allein ergreifen wolle. Präsident Pompidou habe zum ersten Mal deutlich gemacht, dass es eine gemeinsame Initiative sein solle.

Er schließt mit den folgenden Worten:

— „Ich bin sicher, dass dies für Sie in Ihren Gesprächen mit dem Kanzler“ und „mit dem Premierminister von Nutzen sein kann“.

Am 8. Oktober trafen dann der britische und der deutsche Regierungschef in London zusammen. Während sie sich öffentlich über die Einrichtung eines europäischen Regionalfonds einigten, war – zumindest offiziell – keine Rede von einem Meinungsaustausch zu dem Vorschlag von Jean Monnet. Auf jeden Fall aber war zwischen den beiden Staatsmännern in diesem Punkt Einigung erzielt worden, und zweifellos wollte es der Bundeskanzler dem britischen Premier anheim stellen, als erster auf den französischen Vorschlag zu antworten.

Fünf Tage später, am 13. Oktober, sollte der Kongress der konservativen Partei in Blackpool tagen.

Hier folgen einige Auszüge aus einer 25 Seiten umfassenden Rede des britischen Premierministers, die gleich am nächsten Tag von der internationalen Presse wiedergegeben wurde:

„I believe that already some of my colleagues as Heads of Government feel the need for us to get together regularly without a large staff so that we can jointly guide the Community along the path we have already set. I would like to see the Heads of Government of the member countries of the Community getting together, perhaps twice a year alone and without a large staff as I have said, with the President of the Commission being present, as he was at the summit, on matters which concern the Commission. I would hope that my patterns would respond to an initiative of this kind“.

Der Erfolg schien zum Greifen nahe

Als Jean Monnet am 22. Oktober erneut mit Michel Jobert zusammentraf, schienen die Dinge deutlich vorangekommen zu sein. Der Minister teilte mit, dass Willy Brandt Präsident Pompidou seine Zustimmung schriftlich mitgeteilt habe, und dass die Zustimmung der Italiener ebenfalls erzielt worden sei. Nun stand noch die Zustimmung der Benelux-Staaten aus, wobei es galt, die Befürchtung einiger unter ihnen auszuräumen, von einem Gremium der drei europäischen Großmächte dominiert zu werden. Es blieb nur noch die Frage, welchem Regierungschef die Initiative zukommen sollte, die Partner einzuladen, und welcher Zeitpunkt infrage käme. Hinsichtlich des Zeitpunkts schlug Michel Jobert Folgendes vor:

— „Die Tagung könnte im März stattfinden, denn der Dezember ist bereits sehr ausgefüllt. Außerdem beabsichtigt Präsident Nixon, Europa bald einen Besuch abzustatten. Das Datum steht noch nicht fest, möglicherweise kommt er auch gar nicht, aber gegenwärtig gehen wir davon aus, dass sein Besuch Anfang 1974 stattfinden wird“.

Jean Monnet unterbrach ihn:

— „Ich wusste nicht, dass Präsident Nixon schon so bald kommen soll, aber wenn Sie mir sagen, dass sein Besuch praktisch feststeht, wäre es sehr wichtig, dass die erste Tagung der Staats- und Regierungschefs der Neun, gleichsam zur Bekräftigung der europäischen Solidarität zwischen ihnen, noch vor dem Besuch von Präsident Nixon zustande kommt. Damit würden sich der Tenor, die Atmosphäre und das Erscheinungsbild ändern. Europa würde so geschlossen und stark, andernfalls noch geteilt in Erscheinung treten“.

Michel Jobert konnte aber keine Verpflichtung anstelle des französischen Präsidenten eingehen. Aber es war sehr wahrscheinlich, dass noch im November sowohl anlässlich des kurzen Aufenthalts von Georges

Pompidou in Chequers, als auch beim Besuch von Willy Brandt in Paris eine Entscheidung fallen würde.

Tatsächlich beschloss der französische Präsident, die Initiative zu behalten, und legte seinen Vorschlag umgehend erneut auf formeller Basis vor.

Die Erdölkrise – Belastungsprobe für die europäische Solidarität

Die Öffentlichkeit war seinerzeit sehr beunruhigt über die Wendung des Nahostkonflikts, der am 6. Oktober plötzlich ausgebrochen war und den ganzen Westen erfasste, nachdem die arabische Welt beschlossen hatte, das Erdöl als Waffe einzusetzen.

Präsident Pompidou machte seine am 31. Oktober im Ministerrat abgegebene Erklärung öffentlich. Zunächst bedauerte er das Fehlen einer europäischen Stimme in der beginnenden Diskussion über eine Lösung im Nahen Osten.

— „Ich halte es für unerlässlich, die Stabilität des europäischen Aufbauwerks und seine Fähigkeit, zur Regelung internationaler Probleme beizutragen, unter Beweis zu stellen und einer Belastungsprobe zu unterziehen. Daher möchte die französische Regierung ihren Partnern vorschlagen, im politischen Bereich den Grundsatz zu beschließen, nach genauen Regeln regelmäßige Treffen ausschließlich auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs mit dem Ziel abzuhalten, ihre Haltung im Rahmen der politischen Zusammenarbeit zu erörtern und abzustimmen. Das erste Treffen sollte noch vor Ende des Jahres 1973 stattfinden“.

Der dänische Ministerpräsident, der wie seine übrigen Kollegen der Gemeinschaft ein Schreiben des französischen Präsidenten mit diesem Vorschlag erhalten hatte, schlug in seiner Eigenschaft als Präsident des Ministerrates der Gemeinschaft vor, eine Zusammenkunft der Staats- und Regierungschefs in Kopenhagen anzuberaumen. Als Zeitpunkt wurde der 13. und 14. Dezember 1973 festgelegt.

Inzwischen fanden vermehrt diplomatische Gespräche statt, in denen es um die zunehmende Unruhe in der Gemeinschaft und vor allem um die Meinungsverschiedenheiten zwischen einigen Ländern der Gemeinschaft hinsichtlich ihrer Haltung zum Erdölembargo ging. Der Gedanke an regelmäßige Gipfeltreffen sowie an eine europäische Regierung fiel in der Prioritätenskala der Regierungen um einige Ebenen zurück.

Dennoch nahm Bundeskanzler Brandt auf die französische Initiative hin öffentlich Stellung. In einer Rede vor dem Europäischen Parlament am 13. November in Straßburg äußerte er:

— „Entscheidend auf dem Weg zur Union ist das rechte Augenmaß. Der Vorschlag des französischen Staatspräsidenten, dass sich die Regierungschefs der Gemeinschaft in einigermaßen regelmäßigen Abständen treffen sollten, um intensiv und ohne die Last eines ausgewachsenen „Apparats“ über die Probleme zu sprechen, die sich der heranwachsenden Union im Innern und nach außen stellen, dieser Vorschlag wird dem Anspruch an das Augenmaß gewiss gerecht. Dieser Vorschlag ... begegnet im Übrigen den Absichten meiner Regierung und den Anregungen des britischen Premierministers ... auf eine besonders glückliche Weise. Ich verstehe die Initiative so, dass dieses Gremium als eine Art regelmäßiger Präsidentenkonferenz zu einem festen Begriff werden kann – und damit zu einem wesentlichen Schritt auf dem Weg zur politischen Union.“

Scheitern in Kopenhagen

Was den von Jean Monnet vorgeschlagenen Entwurf einer provisorischen Regierung anbelangt, endete das Kopenhagener Gipfeltreffen mit einem Misserfolg. Die Umstände machten es unmöglich, dieser Tagung den Charakter eines vertraulichen Meinungsaustauschs ohne Tagesordnung, ohne Formalitäten und ohne Abschlusskommuniqué zu vermitteln, wie es ursprünglich der Wunsch von Georges Pompidou und seiner Partner gewesen war. Die in der Art einer Kabinettsitzung verlaufenden individuellen Gespräche zwischen den neun Mitgliedstaaten gingen in eine reguläre Konferenz über, die sich mit den konkreten, vom

dringenden Tagesgeschehen diktierten Problemen befasste. Das Treffen wurde auch durch die Präsenz des gesamten herkömmlichen Verwaltungsstabs erschwert, da jeder Delegation Dutzende von Diplomaten und Experten angehörten. Das Abschlusskommuniqué war das Ergebnis einer langwierigen Aussprache über einen vom französischen Präsidenten unterbreiteten Text, in der jede einzelne Zeile erörtert wurde. Am nachhaltigsten zum Scheitern in Kopenhagen trug zweifellos die Präsenz von vier antichambrierenden arabischen Ministern bei, die einen unerwarteten und kaum – mit Ausnahme vielleicht von Frankreich – erwünschten Druck auf den Verlauf der Tagung ausübten.

Punkt 3 des Kommuniqués zeigt, wie sehr der von den drei Regierungschefs bereits gebilligte Entwurf Jean Monnets abgemildert worden war.

„Sie (die 9 Länder) haben beschlossen, häufiger zusammenzukommen. Derartige Zusammenkünfte sollen stattfinden, wenn sie aufgrund der Umstände zweckmäßig sind und wenn Impulse über die nähere Bestimmung neuer Leitlinien für das europäische Einigungswerk notwendig erscheinen. Dem jeweiligen vorsitzenden Land obliegt es, derartige Zusammenkünfte einzuberufen und die näheren Bedingungen für ihre Vorbereitung und Gestaltung vorzuschlagen. Außerdem kamen sie überein, zusammenzutreten, wann immer die internationale Lage es erfordert“.

Es war nicht einmal mehr die Rede davon, alle sechs Monate eine Tagung abzuhalten, wie es am ersten Tag der Aussprache beschlossen worden war.

Die ungenauen Formulierungen des Kommuniqués widerspiegeln die Meinungsverschiedenheiten, die auch in den Monaten nach dem Kopenhagener Gipfeltreffen vor allem zwischen Frankreich und seinen Partnern immer wieder auftraten. Dabei ging es vor allem um die Haltung der Erdölverbraucherländer gegenüber den Erdölproduzentenländern, und sie manifestierten sich konkret, als Frankreich die Teilnahme an der Konferenz in Washington ablehnte, zu der die Regierung der USA die Initiative ergriffen hatte.

Die neuen Köpfe des Dreiecks

Vom ersten Vierteljahr 1974 wird in Erinnerung bleiben, wie die Polemik in den immer wiederkehrenden Wortgefechten zwischen Henry Kissinger und Michel Jobert über die Beziehungen zwischen Europa und den USA sowie über die Erdölproblematik eskalierte.

Mit dem Frühjahr jedoch traten neue Akteure in den Vordergrund des internationalen Geschehens. Innerhalb von drei Monaten wurden die drei Persönlichkeiten des Dreiecks, auf die Jean Monnet bislang seine Unternehmungen konzentriert hatte, in ihrer bisherigen Funktion abgelöst. Harold Wilson nahm am 5. März die Stelle von Edgar Heath ein, Helmut Schmidt löste am 14. Mai Willy Brandt ab, und am 19. Mai wurde Valéry Giscard d'Estaing zum Präsidenten der Französischen Republik gewählt.

Nun musste der Präsident des Aktionskomitees erneut beginnen, die unentbehrlichen vertrauensvollen Beziehungen zwischen den Führungspersonlichkeiten herzustellen, die die europäische Autorität verkörperten. Erneut galt es, sie von der Notwendigkeit zu überzeugen, unverzüglich zu handeln und gemeinsam die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um die europäischen Länder zu schützen, die eines nach dem anderen von der schwersten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit betroffen wurden.

Als Jean Monnet am 28. März von Harold Wilson in der Downing Street Nr. 10 empfangen wurde, war ihm bewusst, dass er den Premier der Labour-Regierung nicht um seine Mitwirkung an dem kühnen Projekt einer provisorischen europäischen Regierung ersuchen konnte, dem sein konservativer Vorgänger zugestimmt hatte. Die neue Regierung musste vor allem davon überzeugt werden, den lautstarken Stimmen in der Labour-Partei zu widerstehen, die über Neuverhandlungen hinaus den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Gemeinschaft forderten. Zu all den Problemen, die den Europäern ohnehin bereits Sorgen bereiteten, kam nun noch ein neues und sehr heikles „englisches Problem“ hinzu, und der Präsident des Aktionskomitees erkannte, dass er die Initiatoren für den Neubeginn in Paris und Bonn suchen musste.

Für Jean Monnet verkörpert der neue französische Präsident einen analytischen Charakter, während sich der

neue Bundeskanzler als entschlosskräftige Persönlichkeit erweist. Auch scheint es, dass die beiden Staatsmänner, die sich bereits gut kennen, einander wertschätzen. Die Verbindung dieser beiden einander ergänzenden Charaktere soll eine gemeinsame französisch-deutsche Entscheidungskraft hervorbringen, die, sobald ihre Einigung über die wichtigsten europäischen Optionen bekannt wird, ihre Partner mitreißen könnte.

Über Per Fischer, der bei Helmut Schmidt die gleiche Rolle spielt wie zuvor Katharina Focke bei Willy Brandt, hält Jean Monnet Verbindung zum Bundeskanzleramt. Er hat häufig Kontakt zur neuen französischen Regierungsmannschaft und stattet Jean Sauvagnargues und C. Pierre-Brossolette mehrfach Besuche ab. Während der EG-Ratspräsidentschaft Frankreichs im zweiten Halbjahr 1974 hatte Valéry Giscard d'Estaing erklärt, dass er sich für Initiativen einsetzen werde, die die Einheit Europas deutlich voranbringen sollen.

Als Jean Monnet am 19. September zu einer längeren Unterredung im Elysée-Palast empfangen wird, hat er Gelegenheit, mit seinem Gastgeber die verschiedenen Aspekte des französischen Plans für den Neubeginn zu erörtern. Dabei wurde die Aussicht auf eine europäische politische Autorität, die aus den regelmäßigen und häufigen Zusammenkünften der Regierungschefs der Gemeinschaft heraus entstehen soll, ausführlich erörtert. Der Vorsitzende der „Unabhängigen Republikaner“ (Républicains Indépendants) hatte das Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa bereits im März 1969 befürwortet. Während der Präsidentschaftswahlkampagne hatte er eine Reihe von Verpflichtungen im Sinne des europäischen Aufbauwerks übernommen. Der Augenblick schien gekommen, diese Absichtserklärungen in die Tat umzusetzen. Beim Verlassen des Elysée-Palastes bekundete Jean Monnet der Presse gegenüber einen gewissen Optimismus:

„Ich bin überzeugt, dass Giscard d'Estaing an Europa glaubt und gewillt ist, den Aufbau Europas zu verwirklichen“. Außerdem sagte er, dass seiner Ansicht nach die Europapolitik Frankreichs die richtige sei.

Erfolg in Paris

Die Absichten der französischen Regierung wurden genauer bekannt, als in den Hauptstädten der einzelnen Partner der Gemeinschaft ein Memorandum über die Grundzüge ihrer Europapolitik einging. Es war bekannt, dass Frankreich vorschlagen wollte, noch vor Ende des Jahres eine Tagung der Regierungschefs einzuberufen. Die Reaktionen im Ausland waren verhalten. Manche hielten die Vorschläge zu institutionellen Belangen, beispielsweise die begrenzte Anwendung der einstimmigen Beschlussfassung im Rat, die Festlegung eines Zeitpunkts, bis zu dem die allgemeine Wahl des Europäischen Parlaments erfolgen sollte, und die Schaffung eines Europäischen Rates der Regierungschefs für unangebracht. Sie wollten vor allem die „substantziellen Probleme“ lösen, die mit der Wirtschaftskrise entstanden waren, d. h. die Bekämpfung der Inflation und der Arbeitslosigkeit und die Definition einer Energiepolitik.

Nach Ansicht Jean Monnets können diese Probleme jedoch nicht zufrieden stellend gelöst werden, wenn die Länder der Gemeinschaft nicht eine höchste Instanz schaffen, die allein ein wirksames gemeinsames Vorgehen gewährleisten könnte.

Das wird er auch Bundeskanzler Schmidt sagen, der ihn am 22. Oktober 1974 in Bonn empfing und der ihn seines Wunsches versicherte, nach Kräften eine gemeinsame deutsch-französische Politik zu betreiben.

Einige Tage später, bei seinem Besuch beim belgischen Ministerpräsidenten Leo Tindemans, bemühte sich der Präsident des Aktionskomitees, die dort durch die Aussicht auf das Bestehen eines Europäischen Rates ausgelöste Sorge darüber zu zerstreuen, dass die Stimme der „kleinen“ durch die der „großen“ Länder übertönt werden könnte.

Am 9. und 10. Dezember 1974 versammelten sich die neun Regierungschefs in recht skeptischer Atmosphäre in Paris. Man war sich bewusst, dass ein wesentliches Problem, nämlich die Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und seinen Partnern im Hinblick auf den Dialog zwischen den Erdölzeuger- und den Erdölverbraucherländern auf dieser Tagung keiner Lösung zugeführt würde.

Man wusste auch, dass Großbritannien „Vorbehalte“ gegen jede Verstärkung des gemeinschaftlichen Beschlussfassungsmechanismus anmelden und verlangen würde, dass die Modalitäten seines finanziellen Beitrags zum Gemeinsamen Markt überprüft werden.

Dennoch konnte Jean Monnet bei der Lektüre der wenigen Zeilen des Punktes 3 des am Abend des 10. Dezember angenommenen Kommuniqués feststellen, dass ein Teil seiner Bemühungen von Erfolg gekrönt waren:

„Die Regierungschefs haben daher beschlossen, dreimal jährlich und so oft wie nötig mit den Außenministern als Rat der Gemeinschaft und im Rahmen der politischen Zusammenarbeit zusammenzutreten“.

Die mit dem Jahr 1978 eingeführte allgemeine Wahl des Europäischen Parlaments und die Einschränkung des Einstimmigkeitsprinzips ergänzen dieses Bündel institutioneller Maßnahmen, über das sich Jean Monnet in einer Erklärung gegenüber AFP mit Genugtuung äußern wird:

„Ich sehe in den Ergebnissen der Pariser Tagung, die unter dem Vorsitz von Valéry Giscard d’Estaing stattfand, den Beweis des beständigen Willens der Neun zur Einheit. Die Regierungschefs erklärten diese Form der europäischen Organisation als das Werk ihrer ein Vierteljahrhundert währenden und auf den Regeln und Organen der Gemeinschaft begründeten Bemühungen für gültig.

Zugleich beschlossen sie, sich regelmäßig mehrmals im Jahr zu treffen, um unmittelbar mit der ganzen Autorität ihrer Funktion die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft in die Hand zu nehmen.

Dies ist ein neuer bedeutsamer Sachverhalt, der meines Erachtens in Verbindung mit der Politik der Inflations- und Rezessionsbekämpfung die demokratische Zukunft Europas sichern und es uns ermöglichen wird, die Schwierigkeiten, mit denen wir konfrontiert sind, erfolgreich zu bewältigen“.